

Bremerhaven, 23.11.2025

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 24/2025 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Einrichtung eines einheitlichen Handlungsprotokolls und transparenter Informationsstruktur zu Giftködern in Bremerhaven (DIE MÖWEN)**

#### **Der Antrag lautet:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu beauftragen, ein verbindliches Handlungsprotokoll für den Umgang mit Giftköderverdachtsfällen zu entwickeln und umzusetzen. Etwaige entstehende Kosten werden durch Entnahme aus den Einnahmen durch Hundesteuer gedeckt. Das Protokoll soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

1. Verpflichtende Analyse gefundener Köder: Jeder gemeldete und sichergestellte Köder ist zeitnah auf toxische Substanzen zu untersuchen.
2. Transparente Veröffentlichung: Der Fundort, das Datum sowie das Analyseergebnis (Art der Substanz bzw. Art des Köders) sind fortlaufend und öffentlich auf bremerhaven.de – in Zuständigkeit des Veterinäramtes – zu veröffentlichen.
3. Meldestruktur für Tierarztpraxen: Tierärztinnen und Tierärzte sollen aufgefordert werden, Verdachtsfälle von Vergiftungen sowie bestätigte Vergiftungen und ggf. Todesfälle zeitnah an das Veterinäramt zu melden, um ein vollständiges Lagebild zu ermöglichen.
4. Zentrale Dokumentation und Veröffentlichung der Fallzahlen: Das Veterinäramt richtet eine zentrale, fortlaufende Dokumentation aller eingegangenen Meldungen sowie Analyseergebnisse ein und veröffentlicht die Fallzahlen möglichst tagesaktuell auf bremerhaven.de.
5. Öffentliche Warnungen bei Häufungen: Kommt es zu einer auffälligen Häufung von Giftködern oder Vergiftungsfällen, soll die Stadt über ihre öffentlichen Kommunikationskanäle – beispielsweise Social Media oder Pressemitteilungen – warnen.

#### **Begründung:**

In den vergangenen Wochen kam es zu mehreren mutmaßlichen Giftködervorfällen in Bremerhaven-Mitte. Nach übereinstimmenden Berichten aus der Bevölkerung sind insbesondere die Bereiche rund um das Jobcenter und Geestebogen, den Zolli, die Rampenstraße, Barkhausenstr. Höhe Liberty Hotel sowie umliegende Straßen betroffen. Laut informellen Meldungen sollen allein in der Kalenderwoche 42 mehr als sechs Hunde verstorben sein. Auch in Vorjahren kam es immer wieder zeitweise vermehrt zu Giftködern.

Eine offizielle, verlässliche Datengrundlage existiert jedoch nicht. Verschiedene Apps werden zur Meldung genutzt und über die Sozialen Medien verbreitet. Dies führt zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung und erschwert eine sachliche Einschätzung der Lage. Tierarztpraxen berichten von vermehrten Anrufen besorgter Hundehalter\*innen, und in Fachgeschäften sind Giftköderschutz-Produkte bereits ausverkauft – ein Hinweis auf die hohe öffentliche Sorge. Ohne gesicherte und öffentlich zugängliche Zahlen besteht nicht nur die Gefahr, dass sich Falschinformationen verbreiten und Panik ausgelöst wird. Umgekehrt besteht auch das Risiko, dass Hundehalter\*innen die tatsächliche Lage nicht kennen und dadurch unbewusst ihre Tiere gefährden, weil keine verlässlichen Hinweise oder offiziellen Warnungen verfügbar sind.

Giftköder können eine Vielzahl unterschiedlicher Substanzen enthalten, die teils schnell oder schleichend und tödlich wirken. Bereits wenige Milligramm gängiger Rodentizide können ausreichen, um auch größere Hunde zu vergiften. Berichten zufolge werden Köder häufig in Leberwurst eingearbeitet und unter Laub oder ähnlichem Material versteckt.

Derzeit gibt es in Bremerhaven keine zentrale öffentliche Stelle, an der Informationen zu Giftköderfunden, Fundorten oder Analyseergebnissen gebündelt und transparent verfügbar sind. Die aktuelle Praxis sieht vor, dass Bürgerinnen beim Auffinden verdächtiger Köder die Polizei informieren, welche die Köder entfernt und die Information freiwillig an das zuständige Amt weitergeben kann. Eine Analysepflicht besteht ebenso wenig wie eine Meldepflicht für Tierarztpraxen bei Vergiftungen oder Todesfällen. Zudem werden notdienstliche tierärztliche Leistungen teilweise durch Tierärztinnen aus dem Landkreis abgedeckt, wodurch relevante Informationen nicht systematisch nach Bremerhaven zurückfließen. Bestehende Meldestrukturen über Apps oder soziale Gruppen sind uneinheitlich und nicht verlässlich.

Zumal die Hundesteuer in Bremerhaven bereits Einnahmen von nahezu 500.000 Euro pro Jahr generiert und nun weiter erhöht werden soll, erscheint es angemessen, etwaige zusätzliche Kosten für Analysen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit aus diesem Steueraufkommen zu decken – auch wenn es sich bei der Hundesteuer um eine nicht zweckgebundene Aufwands- bzw. Luxussteuer handelt.

Zur Verbesserung des Tierschutzes, der öffentlichen Sicherheit und der Transparenz ist daher ein verbindliches und einheitliches Verfahren notwendig.

Marnie Knorr  
mit Fraktion "die Möwen"